



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IV/171

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 35

19. November 1949

Aktivität und Selbstkritik

sp. Die massgebenden Körperschaften der Sozialdemokratischen Partei haben nach ihrer Tagung vom 16. - 18. November in Herne eine recht offenherzige Verlautbarung über parteinterne Organisationsfragen veröffentlicht. Ihr Wortlaut gibt sicher dem kritisch-forschenden Auge, zumal des innenpolitischen Gegners, manchen Hinweis auf Tatbestände, die vom sozialdemokratischen Standpunkt aus revisionsbedürftig erscheinen.

Nun kann keine Partei von sich glaubhaft versichern, alles sei in ihrer Organisation und inneren Arbeit nahezu vollendet. Freimut wieder kann sich nur erlauben, wer sich einer grossen inneren Stärke bewusst ist. Bei der Sozialdemokratie ist das der Fall. Unbeschadet ihrer politischen Unbequemlichkeit und Unbeliebtheit beim politischen Gegner ist ihre organisatorische Geschlossenheit und Schlagkraft unbestritten und Gegenstand ständigen Feides. Die Sozialdemokratische Partei tritt nicht in ihrem politischen Kampf für Klarheit ein, sie wünscht - innerhalb und ausserhalb ihrer eigenen Reihen - dass auch darüber sehr bestimmte Vorstellungen herrschen, wie es um ihre Organisation und ihr Parteilieben bestellt ist.

Darüber hat in Herne ein sehr lebhafter Gedankenaustausch stattgefunden, an dem sich besonders eifrig die Vertreter der Bezirke und der Frauen, beteiligt haben. Die Notwendigkeit einer Aktivierung der Arbeit bestimmte das Bild dieser Berichte. Zur Beantwortung der Frage, wie sie zu erreichen sei, ist das Programm erster, besonders wichtiger Arbeitsaufgaben für das Jahr 1950 entworfen und veröffentlicht worden. Ausführungsbestimmungen zu diesem Rahmengesetz - wenn man diese Ausdrücke hier gelten lassen will - werden folgen. Die Richtung ist aber bereits klar zu erkennen: stärkere Straffung der Organisation, erweiterte Arbeitsmöglichkeiten an verantwortlicher Stelle für jüngere Mitglieder, engere Zusammenarbeit zwischen den sozial-

demokratischen Körperschaften im Bund, in den Ländern und den Gemeinden und besondere Pflege der ständigen, engen Verbindung aller dieser Stellen mit der Bevölkerung. Sicher gibt es in allen diesen Fragen in der Sozialdemokratie im Vergleich zu den anderen Parteien wenig zu beanstanden. Aber die Gefahr eines Stillstandes in einer Entwicklung, der Rückschritt werden kann, ist immer gegeben, wenn nicht neue Impulse hinzukommen und aus einer guten Leistung der Wille zu einer besseren erwächst.

In diesem Zusammenhang waren zwei Feststellungen des stellvertretenden Vorsitzenden der Partei besonders aufschlussreich: dass das Oppositionsprogramm von heute durchaus das Regierungsprogramm von morgen sein könne und, zum anderen, dass die SPD in keinem Konkurrenzkampf mit einem politischen Radikalismus eintreten werde, in welcher Form er auch erscheinen möge. Beide Äusserungen zeigen, dass alle sozialdemokratische Politik ganz vorwiegend unter dem Leitgedanken der Verantwortung steht und dass ihr Werbung und Propaganda, so wichtig sie für eine Partei sein mögen, nicht Selbstzweck sind - denn gerade im Wettlauf mit dem Radikalismus lassen sich äussere Erfolge relativ mühelos erringen.

Dieser Leitgedanke kam auch in einigen besonders bezeichnenden Antithesen zum Ausdruck, die klarstellten, worin sich im Grunde das sozialdemokratische Bild einer vernünftigen Politik von der Vorstellung der gegenwärtigen Regierung unterscheidet: Konsequente demokratische Gesinnung unter strenger Achtung der parlamentarischen Gesetze steht gegen eine immer deutlicher werdende autoritäre Anfalligkeit. Planung steht gegen Willkür, die oft die Grenze der Anarchie erreicht. Radikale Sozialpolitik gegen Begünstigung einer kapitalkräftigen Ainderheit. Einheit in Freiheit gegen politische Brückenbauteorie. Eine auf der Anerkennung deutscher Lebensnotwendigkeiten basierende Europapolitik gegen unnötig eilfertige Nachgiebigkeit um schneller optischer Erfolge willen.

In diesem Rahmen ist natürlich das Politische der Kern aller Arbeit, das Organisatorische, so wichtig es ist, nur das Handwerkzeug für diese Arbeit. Diese Organisation aber muss lebendig und darf nicht starr sein. Sie muss sich der zweckmässigsten Form bedienen, aber immer den Menschen in den Mittelpunkt aller Anstrengungen stellen. Sie muss deshalb vor allem der Jugend eine Chance geben, denn das Verhältnis der Jugend zur Partei wird ein wesentlicher Massstab für den schliesslichen Erfolg oder Nichterfolg dieser Partei selbst sein. Dabei bildet natürlich auch diese Frage nur einen Ausschnitt aus dem grossen Aufgabenbereich, vor den sich die SPD nach ihrer selbstkritischen Betrachtung in Harne gestellt hat.

Die vormilitärische Ausbildung in der Sowjetunion

sp. Die kürzliche Meldung aus der UdSSR, dass jeder sowjetische Bürger nach Vollendung des 16. Lebensjahres sich freiwillig in einer Jugendorganisation militärisch ausbilden lassen kann, deutet darauf hin, dass die Sowjets eine neue Propagandawelle für die vormilitärische Ausbildung gestartet haben. Der Anlass hierfür ist das einjährige Bestehen der neuen Ausbildungsorganisationen.

Früher war auf diesem Gebiet der Ossoowiachim tätig, die Gesellschaft zur Förderung der Verteidigung, Luftfahrt und Chemie. Es war das eine freiwillige Organisation, in der man sich im Luftschutz, Sanitätswesen und anderen Hilfsdiensten ausbilden lassen konnte. Die Ausgaben für die notwendigen Einrichtungen wurden aus Mitgliederbeiträgen und aus einer besonderen Lotterie bestritten. Diese Form hat aber offensichtlich nicht mehr entsprochen.

Der Ossoowiachim wurde in drei selbständige Gesellschaften aufgeteilt: in den "DOSSAW" (Gesellschaft zur Förderung der Luftfahrt, "DOSSARM", Gesellschaft zur Förderung der Armee und den "DOSSFLOT" für die Kriegsmarine. Die jungen Freiwilligen sollen hier nicht mehr einige allgemeine Handgriffe erlernen, die im Kriege von Nutzen sein können, sondern, wegen der hohen Anforderungen der modernen Waffentechnik sollen sie sich von vornherein spezialisieren. Ausserdem kann durch diese Einteilung die Zusammenarbeit mit den einzelnen Teilen der sowjetischen Wehrmacht vereinfacht werden. Die Zöglinge sollen nicht nur über die militärischen Grundlagen verfügen, wenn sie in die Armee eintreten, sondern auch über eine bestimmte militärtechnische Erfahrung. Daher ist es die Aufgabe dieser Gesellschaften, Stämme von Fliegern, Segelfliegern, Fallschirmspringern, Flugzeugmodellbauern und Kraftfahrern auszubilden. Alle Arten des Militärsports sollen betrieben werden, wie Schiessen, Kraftfahren, Reiten, Kurzwellenfunk, Luft- und Wassersport. Grossangelegte Wettkämpfe auf diesen Gebieten sollen für den nötigen Anreiz sorgen.

Systematisch werden die Gesellschaften zu Massenbewegungen ausgebaut. Die Forderung lautet, dass in jeder Fabrik und Lehranstalt, in jedem Unternehmen und Kolchos Einheiten dieser Gesellschaften aufgezogen wurden. In allen grossen Industriezentren, in den Gebiets-

und Distriktstädten gibt es nun reich ausgestattete Aeroklubs, Fallschirm- und Segelfliegerklubs und -stationen und in den Küstenstädten sind Kriegsmarineklubs und Wassersportstationen eingerichtet worden. Die Bezirkszentren haben Räume für Fallschirmspringer errichtet und Segelflieger- und Fallschirmspringer-Vereinigungen gebildet. Am Aufbau dieser ganzen Organisation sind die örtlichen Sowjets, die Gewerkschaften, die Jugend- und Sportorganisationen sowie die Leiter der wissenschaftlichen Einrichtungen und Kolcho-sen beteiligt.

Hinsichtlich der Gliederung wurden in den einzelnen Republiken, Gebieten und Distrikten höhere Dienststellen errichtet, denen, nach militärischem Vorbild, untere Einheiten unterstehen. Jährlich findet in der Nähe von Moskau ein Wettbewerb mit Segelflugzeugmodellen der ganzen Sowjetunion statt. Der DOSSARM führt einen Unionswettkampf aller Scharfschützen durch und die Gesellschaft für die Förderung der Kriegsmarine veranstaltet grosse Bootsnachtübungen. In den Organisationen werden nicht nur Jungen, sondern auch Mädchen, meist in besonderen Abteilungen, ausgebildet.

A.W.

HO-Monopol erweitert

"Wir müssen in den volkseigenen Betrieben Waren erzeugen, die brauchbar und haltbar sind, es darf kein Schund mehr kommen", erklärte Walter Ulbricht, der "stellvertretende Ministerpräsident" der Ostzone, auf der Berliner Jahrestagsfeier der staatlichen Handelsorganisation (HO).

Diese Waren, die nach Ulbricht "auch schön" sein sollen, sind in erster Linie für die HO-Läden bestimmt, deren Netz so erweitert wird, dass alle grösseren Betriebe und die ländlichen Organisationen erfasst werden. Der Umsatz der HO-Läden soll um das Dreifache gesteigert werden. Zum 1. Januar 1950 werden, so sagte Ulbricht, auch die wichtigsten Warenhäuser unter die Leitung der HO gestellt. Nach Ulbricht soll die HO auch die Preise für die Konsumgenossenschaften und die restlichen Einzelhändler festsetzen und ausserdem die Doppelgleisigkeit der Preise bis Ende 1950 beseitigt sein.

Walter Ulbricht verlangte von den Angestellten der HO, sie sollten ihre dienstliche Tätigkeit auch über den Ladenbetrieb hinaus ausdehnen und "mit allen Mitteln" für die Aufklärung der Ostzonenbevölkerung über die "Wirtschaftsfortschritte der Ostzone" sorgen. Es bedarf keiner Erklärung der Methoden, die hier von der SED angewandt werden sollen, um eine gründliche "Einheitlichkeit der öffentlichen Meinung" herbeizuführen.

Zu billig angeboten

ap. Die Regierung hat in vier Punkten auf die Stellungnahme der Opposition zur Frage des Beitritts zur Ruhrbehörde geantwortet. Die Zusammenstellung scheint uns nicht besonders wirksam.

Wenn zunächst davon gesprochen wird, dass durch die Unterzeichnung des Statutes und den Eintritt in die Behörde die Signatarmächte keine Rechte erhalten, die sie nicht bereits besäßen, so stimmt zunächst einmal das nicht. Durch einen solchen Beitritt würde nämlich das Statut anerkannt werden, selbst wenn das unter Vorbehalten geschähe. Die Signatarmächte hatten also durchaus ihre Position verbessert, denn sie könnten gegenüber künftigen deutschen Einwänden und Versuchen, zu einer Revision zu kommen, mit dieser Tatsache des erklärten deutschen Einverständnisses operieren. Vergleichsweise ausgedrückt: es ist ein entscheidender Unterschied, ob man einen Vertrag unterschrieben, oder ob man ihn nicht unterschrieben hat, wenn man von der Absicht ausgeht, ihn korrigieren zu wollen.

Diese Argumentation kann auch, abgewandt, für den Punkt 2 gelten, in dem von dem Vorteil die Rede ist, der dadurch eintreten würde, dass die zur Zeit für Deutschland tätigen Vertreter der Besatzungsmächte in der Ruhrbehörde durch Deutsche ersetzt werden könnten. Zunächst einmal käme es dabei entscheidend auf die Auswahl dieser Vertreter an. Zum anderen würde ihre Zustimmung zu dieser oder jener Massnahme die Regierung als Ganzes binden, und zwar nicht zwangsweise, wie es gegenwärtig der Fall ist, sondern aus freiwilligem Entschluss. Ihre Weigerung aber, bestimmten Dingen zuzustimmen, würde angesichts des Stimmenverhältnisses in der Ruhrbehörde unerheblich sein. Man würde von der anderen Seite stets auf den Vorgang einer

ordnungsgemässen demokratischen Abstimmung zur Sanktionierung der eigenen Absichten verweisen können. Natürlich wären deutsche Vertreter eigener Interessen ausländischen Vertretern deutscher Belange vorzuziehen, aber nur unter der Voraussetzung, dass die mögliche Wirkung ihrer Stimmabgabe in einem vernünftigen Verhältnis zum sachlichen deutschen Beitrag, der Ruhrwirtschaft, steht.

Die weiter in der Erklärung der Regierung und schon früher durch den Bundeskanzler zitierten Artikel 31 und 33 enthalten gewiss Hinweise auf Revisionsmöglichkeiten. Aber der Anlass zu ihrer Realisierung ist völlig in das Belieben der Signatarmächte gestellt und ganz und gar unabhängig von Fakten, die deutsche Stellen schaffen könnten. Der Hinweis schliesslich, dass das Ruhrstatut keine Bindung auf unbegrenzte Zeit bedeute, da es durch den Friedensvertrag ausser Kraft treten werde, ist ein besonders schwacher Trost, denn niemand weiss, wann dieser Friedensvertrag zustande kommen wird, der die deutsche Einheit in Freiheit zur Voraussetzung hat. Was bis dahin durch eine falsche Ruhrpolitik verloren gehen kann, ist soviel, dass es durch eine spätere Regelung, die man heute nicht einmal in Umrissen erkennen kann, kaum wieder auszugleichen wäre.

Die Sozialdemokratie bedauert es ausserordentlich, dass wesentliche andere Teile des Ruhrstatutes, auf die Dr. Schumacher in seiner Rede vom 15. November aufmerksam gemacht hat und die vor allem die Artikel 9 c und 15 betreffen, bisher von der Regierung überhaupt unerwähnt geblieben sind, obwohl ihre Revision bzw. eindeutige Auslegung eine besonders wichtige Voraussetzung für eine Anerkennung des Statutes sein müsste. Denn diese Artikel enthalten Bestimmungen, die, zu Lasten Deutschlands, wirklich Gewicht besitzen, im Gegensatz zu den von der Regierung immer wieder erwähnten Bestimmungen von vorwiegend formalem Charakter.

(b/1/1911/hs)

Verantwortlich: Peter Raunau